

„Verantwortung übernehmen, Standortnachteile vermeiden“

**Resolution der IHK-Vollversammlung zur Energie- und Klimapolitik
vom 27. September 2021**

Die saarländische Wirtschaft ist sich bewusst, dass der Schutz des Klimas und die Anpassung an den Klimawandel eine der zentralen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft darstellt. Die Wirtschaft bekennt sich daher zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens und insbesondere dazu, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Saarländische Unternehmen stellen sich dieser Verantwortung insbesondere durch Innovationen bei Prozessen, Produkten und Dienstleistungen. Mit vielfältigen Initiativen und Projekten haben sie in der Vergangenheit bereits bewiesen, dass sie bereit sind, die erforderlichen Veränderungsprozesse für einen erfolgreichen Klimaschutz konstruktiv anzugehen. Auch in den kommenden Jahren werden sie durch Investitionen in klimaschonende Technologien und Maßnahmen weiter zur Erreichung der angestrebten CO₂-Reduktionsziele beitragen.

Allerdings sieht die Saarwirtschaft zunehmend politischen Handlungsbedarf, um die Risiken für die heimischen Unternehmen und ihre Beschäftigten abzuwenden, die aus dem Transformationsprozess zu einer klimaneutralen Wirtschaft entstehen. Grundsätzlich müssen wirtschaftliche Stabilität, soziale Sicherheit und zeitlich realistische Ziele neben dem Umwelt- und Klimaschutz gleichberechtigte Belange einer nachhaltigen Entwicklung sein. Nur dann ist gewährleistet, dass sich Klimaschutz, Wirtschaftswachstum und Wohlstand nicht gegenseitig ausschließen. Für die Wirtschaft ist es daher unumgänglich, dass Grundlage allen energie- und klimapolitischen Handelns eine konsistente und verlässliche Energie- und Klimapolitik ist, die die ökonomische, ökologische und soziale Dimension als gleichrangig ansieht und danach handelt.

Damit insbesondere die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen dem steigenden Transformationsdruck standhalten können, ist auf Seiten der Politik deshalb eine stärkere Berücksichtigung der ökonomischen, ökologischen, sozialen und zeitlichen Wechselwirkungen unumgänglich. Dabei sollte die Politik mehr auf marktwirtschaftliche Lösungen und Technologieoffenheit setzen, als auf Verbote und eine überbordende und kostentreibende staatliche Regulatorik. Denn Innovationen und Wachstum sind stets das Ergebnis von Freiheit, Eigenverantwortung und Gestaltungsspielräumen – nicht jedoch von Verboten.

Bedingt durch den hohen Anteil energieintensiver Industrien im Saarland beeinflussen die Energiepreise und auch die Sicherheit der Energieversorgung überdurchschnittlich die Wettbewerbsfähigkeit der strukturprägenden Branchen der Saarländischen Wirtschaft. Hohe Energiepreise und potenzielle Versorgungsengpässe sind eine Hypothek für die regionale Standortentwicklung und damit letztlich für die Zukunftsfähigkeit des Saarlandes. Deshalb ist die sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung eine Grundvoraussetzung für Produktion, Wachstum und Arbeitsplätze im Land – heute und auch in Zukunft.

Deshalb ist dem Weltklima auch nicht geholfen, wenn unsere Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit wegen ausufernder Energie- und CO₂-Preise oder Versorgungsunterbrechungen verlieren und die Produktion ganzer Branchen in Länder verlagert wird, in denen weit niedrigere Standards beim Umwelt- und Klimaschutz gelten. Wer effektiven Klimaschutz betreiben will, darf die Unternehmen nicht mit immer ambitionierteren Zielen überlasten. Zudem muss es das Bestreben nationaler und europäischer Politik sein, auf internationaler Ebene gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Volkswirtschaften herbeizuführen und nicht länger klimapolitisch vorzupreschen. Nur dann wird es auch möglich sein, Klimaschutztechnologien als Export-Chance für unsere Wirtschaft zu entwickeln. Durch die Einführung von zu weitreichenden nationalen Zielpfaden und engmaschigen Sektorenzielen drohen nachteilige, teilweise existenzgefährdende Belastungen für die saarländischen Unternehmen. Daraus resultieren erhebliche Risiken für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung.

Deshalb appelliert die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes an die neue Bundesregierung,

- **die ökonomischen, ökologischen, sozialen und zeitlichen Wechselwirkungen von Klimaschutzanforderungen und -maßnahmen stärker zu beachten, um Zielkonflikte zu vermeiden,**
- **die Energiepreise, insbesondere die Strompreise durch den Abbau staatlicher Lasten zu senken und die Mehrbelastungen durch hohe Energiewendekosten offen zu kommunizieren,**
- **die Versorgungssicherheit mit allen Energieträgern durch eine generelle Non-Blackout-Garantie sicherzustellen,**
- **den Ausbau der Netzinfrastruktur und der erneuerbaren Energien effizient und zügig voranzutreiben und**
- **Innovationen grundsätzlich technologieoffen zu fördern und uneingeschränkt nutzbar zu machen.**